

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Gisela Frick, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Klaus Kinkel, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 14/40, 14/408, 14/409, 14/440 –

Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Die sog. Ökosteuer ist ein Etikettenschwindel. Dieser nationale Alleingang dient nicht dem Ziel der Senkung des CO₂-Ausstoßes. Er schafft auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Es werden lediglich unter dem Deckmantel der Ökologie Steuern erhöht und die Bürger und die Wirtschaft zusätzlich finanziell belastet. Zudem reicht ein erhöhter Zuschuß in die Rentenversicherung nicht aus, um die stärkere Belastung der Beitragszahler durch die Altersentwicklung der Bevölkerung auszugleichen.

Die sog. Ökosteuer vernichtet Arbeitsplätze, erhöht die Belastung von Wirtschaft und Privathaushalten und schafft neue Ungerechtigkeiten und Bürokratie. Sie entwickelt keine ökologische Lenkungswirkung. Sie ist außerdem in den Ausschüssen aufgrund immer neuer und kurzfristiger Änderungsanträge seitens der Antragsteller und einem rücksichtslosen Gebrauch der rot-grünen Verfahrensmehrheit nicht ausreichend beraten worden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- die Zeit ihrer EU-Ratspräsidentschaft auch dafür zu nutzen, den falschen Weg einer Energiebesteuerung zu verlassen, der zu einer ungleichmäßigen Belastung der Wirtschaft führt und Arbeitsplätze insbesondere in energieintensiven Betrieben vernichtet,
 - auf europäischer Ebene die Voraussetzungen für die Einführung eines dritten Umsatzsteuersatzes auf Energie zu schaffen und seine Einführung mit einer umfangreichen Senkung des Steuertarifs zu verbinden.

Bonn, den 3. März 1999

Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp

Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion